

Schutz für Arbeitende und für Gesundheit, statt Profite auf Staatskosten!

Die Berliner Sommerferien sind vorbei, aber die Corona-Pandemie ist leider nicht auf dem Rückzug. Weltweit hat sich die Zahl der bestätigten Infektionen in den letzten sechs Wochen auf nun 20 Millionen verdoppelt. Gestorben sind bislang 730.000, schon jetzt mehr als an der „normalen“ Grippe, und es ist kein Ende absehbar.

Es sind vor allem die Armen, die zu Opfern werden, auch weil sie auf miese Jobs angewiesen sind, bei denen sie sich kaum schützen können. Die Zahlen steigen auch in Deutschland wieder an.

Feldversuch „Schule mit Maske“ ... so halbwegs

Für den Schulbeginn gibt es in Berlin nun Maskenpflicht im Gebäude, aber nicht im Unterricht und nicht auf dem Pausenhof. Konsequenz ist das nicht. Die Eltern und ihre offiziellen Vertretungen jedenfalls machen sich Sorgen und haben eine Maskenpflicht auch im Unterricht gefordert, sowie die Möglichkeit mit reduzierter Klassengröße zu unterrichten. Die alten Probleme zeigen sich mit Corona noch deutlicher: Die Klassen sind zu groß und es gibt zu wenig Lehrkräfte... Aber ohne große Proteste wird sich das nicht ändern.

Interessen der Unternehmen gegen die Gesundheit

Die Berliner Unternehmenslobby hingegen erklärt: „Es ist höchste Zeit, dass der Regelbetrieb an den Berliner Schulen wieder startet... Es liegt im Interesse der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter, dass ihre Kinder wieder verlässlich unterrichtet und betreut werden.“ Ähnlich geht es Bundeswirtschaftsminister Altmaier vor allem um „die Rückkehr der Kinder in die Schulen und den Aufschwung unserer Wirtschaft“. Und so, wie sie bei den Schulen Druck machen, ist es auch in den Betrieben. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat schon im Frühjahr eine lange Wunschliste vorgelegt: Ausweitung der Arbeitszeit und auch die Forderung, den Gesundheitsschutz doch bitte etwas laxer zu handhaben.

Dabei hat gerade die auf Profit getrimmte Wirtschaft das Corona-Geschehen in Deutschland angeheizt. Wie in den Schlachthöfen, wo meist ausländische Arbeitende wie Sklaven gehalten werden und Gesundheits- und Arbeitsschutz Fehlanzeige sind. Das ist skandalös und seit Jahren bekannt, doch erst nach dem Corona-Ausbruch bei Tönnies hat die Regierung ein Gesetz zur Einschränkung des Missbrauchs angekündigt. Noch ist das Gesetz nicht verabschiedet, doch die Fleischindustrie jammert. Dabei hat Tönnies 2019 satte 7 Milliarden Gewinn gemacht. Während die

Arbeitsschutzbehörden – für alle Branchen – weiter geschrumpft wurden. Kontrolle in den Betrieben durch den Staat? Fehlanzeige. Die besten Kontrolleure über Arbeitsbedingungen und Mauseheien der Unternehmen sind immer noch die Beschäftigten selbst!

Ihr Motto: Sozialversicherungen schröpfen und AktionärInnen bereichern

Im Jammern ist nicht nur die Fleischindustrie gut. Alle Wirtschaftsbereiche rufen nach Staatshilfen und versuchen die berechtigten Sorgen um Arbeitsplätze zur weiteren Bereicherung zu nutzen.

Für die Arbeitenden geht die Krise tatsächlich ans Eingemachte. Neben den 9.200 Coronatoten in Deutschland haben schließlich Hunderttausende in der Krise ihre Jobs verloren. 6,7 Millionen Arbeitende mussten im Mai in Kurzarbeit (der letzte Monat, für den Zahlen vorliegen). Und viele Kündigungen sollen erst noch kommen. Die Arbeitslosenquote ist bundesweit von 4,9 auf 6,3 % gestiegen und Berlin liegt mit 10,8 % nochmal deutlich höher.

Die Arbeitenden sollen ihre Köpfe hinhalten, während die superreichen KapitalbesitzerInnen weiter verdienen. Die zehn reichsten Familien Deutschlands besitzen offiziell zusammen 223 Mrd. Dollar. Ihnen gehören Aldi, Lidl, BMW, SAP oder Knorr-Bremse. Gerade BMW und Knorr-Bremse haben unter Corona massiv Kurzarbeit eingesetzt und trotzdem Hunderte Millionen an Dividenden gezahlt. Karstadt-Eigentümer Benko hat einen großen Coup gelandet, als er mit Schließung aller Filialen drohte und am Ende finanzielle „Unterstützung“, Mietsenkungen und Lohnkürzungen eingesackt hat.

Wie sie mit den Sorgen der Menschen spielen, das alles macht wütend. Die große „Querdenken“-Demonstration Anfang August war auch ein Zeichen, wie es unter der Oberfläche kocht. Aber die Leugnung der Risiken des Virus spielt gerade den Unternehmen in die Hände und schadet den Arbeitenden. Das ist die Sackgasse, in die diese Art von Protesten führt. Die Arbeitenden brauchen eigene Forderungen... und müssen sie genauso klar und entschlossen vorbringen wie die Unternehmen!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Und plötzlich kam der Streik

Die unendliche Geschichte der Ausbeutung von CFM-Kolleg_innen geht auch in der Sommerpause weiter. Daher haben Mitte Juli mehrere hundert Kolleg_innen der CFM gestreikt! Bähm! Damit hätte keiner gerechnet. Und der Streik hatte es in sich: Modulversorgung auf einer Station lahmgelegt, Helikopterplätze voll, Essen wurde viel zu spät ausgeliefert, etc. Und was war die Reaktion der Charité darauf? Auf Stationen wurde angesagt, bei Versorgungsproblemen die verdi Streikleitung anzurufen und es gab weiterhin die Verweigerung, eine Notdienstvereinbarung zu unterschreiben. Kolleg_innen der Charité haben unwissentlich oder aus humanitärer Not Streikbrecherarbeit geleistet. Wenn der Charité das Wohl der Patient_innen und Kolleg_innen am Herzen liegen würde, würden sie endlich eine Notdienstvereinbarung unterschreiben! Daher sollten wir überlegen, wie wir solidarisch miteinander sein können. Und was wäre denn dafür besser geeignet als ein gemeinsamer Streik? Wir sind jedenfalls gespannt, was nach der nächsten CFM-Verhandlungsrunde am 18.8. rauskommt.

Schamlos und dreist

Im Dezember 2016 hat sich der Berliner Senat in seiner Koalitionsvereinbarung verpflichtet, das Lohndumping durch Outsourcing bei der Charité zu beenden. Offiziell ist die CFM zwar wieder „Tochter“ - doch was die Lohnangleichung betrifft, spielen Charité und Senat nach wie vor die Rolle der bösen Stiefmutter. Stattdessen werden neue Ausgliederungen durch die CFM durchgesetzt – natürlich in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen und ohne die Beschäftigtenvertreter_innen vorher zu informieren. Das kennen wir ja schon aus der Tarifrunde 2016, damals mit den Blutboten und dieses Jahr ist der Wirtschaftstransport dran. Und der Senat schaut tatenlos zu. Zumindest im Märchen kriegt die böse Stiefmutter am Ende ihre gerechte Strafe. Wenn wir allerdings wie Aschenputtel auf den Märchenprinzen warten, dann heißt es am Ende nur: *„und wenn sie nicht gestorben sind, dann warten sie noch heute auf den TVÖD“*.

Altersarmut auch mit 12,50€

Endlich hält sich auch die CFM an Berliner Gesetze und zahlt die 12,50€ bei uns als Grundlohn. Nebenbei wurden jedoch bei den Mitarbeiter_innen in der Logistik die sogenannte „Anwesenheitsprämie“ von 100 auf 50€ gekürzt. Spätestens durch Corona wissen wir, was wir von Prämien halten müssen... trotzdem versucht die CFM mal wieder bei uns zu sparen! „Lustiger“ Fakt: für einen Krankheitstag wird von der Prämie 10€ abgezogen, für einen Streiktag 20€.

Geschmacklos

Die Charité bewirbt ihr innovatives Wiedereinstiegsprogramm mit Videos unter folgenden Titel: *„Doch wieder auf Station gemeinsam statt im Homeoffice einsam?“* Ist ja fast so gut wie der Juni-Slogan *„Examinierte Pflegefachperson mit richtig viel Power?“*; wo uns doch auch in dieser Kampagne erklärt wird, dass vor allem studierte Pflegekräfte benötigt werden würden, klar ein Profilierungsthema für die PD, aber für alle, die die Versorgung am Bett sicherstellen, ein merkwürdiges Gefühl, dass ihre Ausbildung, ihr Examen unzureichend sein soll, egal wie viel Power sie haben.

Hat es ein Geschmäcke??

Manche können halt einfach mehr als... arbeiten. Denn der Leiter des Geschäftsbereichs (GB) Personal und Rechtsabteilung übernimmt mit dem Leiter GB System IT auch noch den GB Datenschutz und Governance. Die große Bedeutung des Datenschutzes an der Charité erklärt sich ja von selbst. Aber auch der Bereich Governance, also die Regeln, Verfahren und Gesetze, mit denen ein Unternehmen geführt wird, dürfte ein sehr zeitaufwendiger Arbeitsplatz sein. Vielleicht kann man auch ein kleines Geschmäcke dabei empfinden, wenn der oberste Beamte der Behörde Charité gleichzeitig auch über die Regeln wachen soll mit denen unfairer Umgang mit Beschäftigten oder auch Korruption verhindert werden soll. Kontrolliert er sich da selbst?? Naja, vielleicht traut man sich daher diese Kombination auch erst mal nur kommissarisch zu?

Corona-Prämie in Sommerpause

Bei unserer Gewerkschaft ver.di konnten wir es im www lesen. Der Coronapakt macht erst mal Sommerpause. Aber nicht nur der. Denn seit den Gehaltszahlungen im Juli gibt es auch keine Corona-Zulagen mehr. Der Heldenstatus ist halt ein recht kurzlebiger. Was hilft es, wenn da „Die Zeit“ berichtet, dass das Personal in Kliniken und Arztpraxen überdurchschnittlich viele Infizierte aufweist? Bisher mehr als 14.000! Allein in Deutschland!! Was hilft es, wenn die Herren und Damen aus Politik und Klinikleitungen sich überschlugen: 500, nein 1000, nein 1500€ extra? Im Moment stehen wir an der Charité bei 450€ und das reicht nicht mal als Entschädigung aus, um andauernd die Kalaycis und Spahns an der Klinik zu ertragen. Was da hilft sind die alten Forderungen: Mehr Geld, mehr Personal und kürzere Arbeitszeiten. Mit oder ohne Virus.

Nur kein Neid

Tatsächlich sollen wohl die Kolleg_innen in den Senioren- und Pflegeeinrichtungen eine höhere Corona-Prämie erhalten. Reicht es damit, um ein Jahreslohn auf TVöD-Niveau zu erreichen? Lange nicht! Und daher taugt auch diese Prämie nicht, die Arbeit der Kolleg_innen dort ausreichend zu würdigen und wertzuschätzen.

Idee aus der Mottenkiste

In Wolfsburg, in Rostock und weiteren Kliniken gibt es eine ganz tolle Idee, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Dabei kann Pflegepersonal flexibel seine Dienste planen und wird entsprechend auf verschiedenen Stationen als Ersatz für erkrankte Kolleg_innen eingesetzt. Wortreich und blumig stellen die jeweiligen Leitungen solche Projekte vor, die man aber doch einfach nur als Pool bezeichnen muss. Ja, Poolkräfte retteten auch an der Charité manch Station vor dem Kollaps, doch unsere PD Heepe fand, dass es den Leuten im Pool zu gut gehe und sorgte dafür, dass kaum noch eine Pflegekraft dort arbeiten möchte. Am Personalmangel ändert diese Idee aus der Mottenkiste auch nichts, denn die Unterbesetzungen treten nicht erst bei Krankmeldungen auf, sondern sind schon am Monatsersten im Dienstplan feststehend. Das ebenso in Rostock, in Wolfsburg und an der Charité.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleg_innen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click